



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

C-r.: Vom preußischen Landtag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

ließ über dem Dunkel der Unklarheit, aus dem der Abg. Sachße seinen Unkenruf über das deutsche Strafgesetzbuch hervorstieß, unter großer Heiterkeit der Linken und Bewegung der Rechten die Autorität Schwarz's leuchten, indem er dessen Reichstagsrede über das deutsche Strafrecht anführte.

6.

## Tom preussischen Landtag.

Berlin, den 10. März 1872.

Am 6. März begann im Herrenhaus die Berathung des Schulaufsichtsgesetzes. Die Besorgnisse, als würde das Herrenhaus die Regierungsvorlage verwerfen oder nach den Vorschlägen seiner Commission so abändern, daß sie ihre Bedeutung verlöre, waren schon vor Anfang der Berathung im Wesentlichen geschwunden. Aber daß die Majorität für die Regierung so groß ausfallen würde als schließlich sich herausstellte, hatte Niemand erwartet.

Unter den Herren, welche für die Regierung eintraten, ist der Freiherr Otto von Manteuffel, der ehemalige Ministerpräsident, zu erwähnen. Als Fürst Bismarck in der Zeit des norddeutschen Bundes das Wahlgesetz zum preussischen Abgeordnetenhaus, dessen Urheber der Freiherr von Manteuffel ist, einmal als das elendeste aller Wahlgesetze bezeichnete, ergriff der Urheber eine spätere Gelegenheit, einige Bemerkungen gegen den Kanzler zu machen, die ohne Zweifel sehr spitz gemeint waren, aber sehr stumpf herauskamen. Umsomehr ist es anzuerkennen, daß der Freiherr in der vorliegenden großen Frage zeigte, daß er sein staatliches und sein preussisches Bewußtsein sich sicher bewahrt hat. Im Uebrigen bewegte sich die Verhandlung bis zu dem Ereigniß der Sitzung ebenmäßig auf einer niedrig liegenden Fläche. Es wurde davon gesprochen, ob die Schule entchristlicht werden darf, woran Niemand denkt, und dgl. Es handelt sich darum, ob die Religionsdiener als Ertheiler und Beaufsichtiger des öffentlichen Jugendunterrichts im Dienste des Staates handeln und ob der Staat die Mittel haben soll, seine Pflicht der nationalen Erziehung zur wirksamen Geltung zu bringen. Die Gegner der Vorlage bewegten sich Alle in dem Circle, Staat und Kirche in der Weise als Gegensätze zu fassen, daß, wo der Staat austritt und waltet, die Kirche vertrieben ist. Aber kann die Kirche nicht ein Organ des Staates sein, ohne an ihrem inneren Beruf einzubüßen, so gut wie es der lehrende Organismus der Wissenschaft ist? Es fällt doch Keinem ein, wenn der Staat einen untauglichen Professor der Mathematik entfernt, zu sagen: das kann nur die Mathematik entscheiden und nicht der Staat. Noch weniger kann es Jemandem einfallen zu behaupten, die Mathematik solle aus den Schulen entfernt werden, weil der Staat die Lehrer der Mathematik absetzen kann, oder weil er nicht gebunden ist, die Aufsicht über den Schulunterricht lediglich Mathematikern von Fach anzuvertrauen. Wir wissen sehr wohl, daß die Religion nicht bloßes Wissen ist, und daß auch der Religionsunterricht mehr mitzutheilen, bezüglich zu wecken hat, als bloßes Wissen. Daraus folgt aber nicht die Nothwendigkeit einer vom Staat losgelösten Kirche und auch nicht einer im Staat mit der Beaufsichtigung des Jugendunterrichtes in den Volksschulen privilegierten Geistlichkeit.

Erst als Fürst Bismarck das Wort ergriff, erreichte die Verhandlung die

Höhe ihres Gegenstandes. Denn es handelt sich um weit mehr, als um doctrinäre Unterscheidungen, und auch um weit mehr, als um eine Zweckmäßigkeitfrage ländlicher Schulinspection. Es handelt sich um die Abwehr der historischen Feindschaft des römisch-jesuitischen Katholicismus gegen die deutsche Nation und das Reich deutscher Nation. Mit dem Wiedererstehen des letzteren hat jene Feindschaft einen neuen Reiz gewaltigster Art empfangen. Den historischen Inhalt dieses Gegensatzes in unserer Zeit hob Fürst Bismarck diesmal deutlicher hervor, als in irgend einer der früheren Reden, worin er den Gegenstand behandelte.

Es gibt immer noch wohlmeinende Leute, die nicht begreifen können, warum Fürst Bismarck, wie sie sich einbilden, plötzlich das Signal zum Kampfe gegen die Ultramontanen gegeben. Auch in der kürzlich erschienenen Schrift von Dr. Fabri „Staat und Kirche“ findet sich eine solche Aeußerung. Bei den Verhandlungen über das Schulaufsichtsgesetz im Abgeordnetenhaus hat der Fürst erklärt, daß er bei seiner Rückkehr aus Frankreich die Partei gegen das deutsche Reich mobil gefunden, daß er also nicht den Angriff eröffnet hat. In der Rede vom 6. März bei der Verhandlung des Schulaufsichtsgesetzes im Herrenhaus hat er zu Tage gelegt, warum die Feindschaft des Ultramontanismus in der heutigen Lage für den deutschen Staat eine ernste Sache ist und die ernstesten Maßregeln der Gegenwehr erheischt. Der Ultramontanismus, indem er das Aufleben und Erstarren des deutschen Nationalgefühls mit allen Kräften zu hindern sucht, indem er dem deutschen Reich im Innern soviel Feinde als möglich erweckt, bezweckt damit nichts Geringeres als die Vorbereitung auf einen siegreichen Revanchekrieg Frankreichs. Fürst Bismarck belegte dies durch Mittheilung einiger Stellen aus einem Gesandtschaftsbericht neuesten Datums. Danach sucht sich der katholische Klerus in Frankreich des französischen Staates dadurch zu bemächtigen, daß er die nationale Leidenschaft und Hoffnung auf Revanche anschürt und sich als das taugliche Werkzeug der letzteren hinstellt. Danach hofft dieser Klerus, wenn Frankreich sich zur Rache erhebt, Deutschland an die Schwelle des Bürgerkriegs geführt zu haben. Dazu bedarf es der Aufstachelung des katholischen Fanatismus und der Anwendung aller Mittel, diesen Fanatismus hervorzu-rufen. Dazu gehört auch die Beschäftigung Preußens im Osten durch einen polnischen Aufstand. Daß ein französisch-klerikaler Sieg über Deutschland die Wiederaufrichtung der weltlichen Papstherrschaft in Italien und die Zerstörung des italienischen Nationalstaates zur Folge haben müßte, bedarf kaum der Hervorhebung.

Man wird vielleicht sagen: ein Gesandtschaftsbericht ist noch kein Beweis. Allein Fürst Bismarck war in der Lage, unmittelbare Beweisstücke anzuführen. Das Attentat, das ein junger Fanatiker kürzlich gegen den Fürsten Bismarck ins Werk setzen wollte, hat zu Hausdurchsuchungen bei dem vielgenannten Kanonikus Rozmian in Posen geführt. In dessen Papieren fand sich u. A. der Brief eines hervorragenden Mitgliedes der Centrumspartei, wie sich der Fürst-Kanzler ausdrückte, unter welchem Mitgliede unwidersprochen sogleich der Abgeordnete Windthorst allseitig gesucht worden ist. In diesem Briefe commandirt Herr Windthorst nicht nur die Petitionsmaschinerie in der katholischen Bevölkerung nach den Bedürfnissen seiner Action, er bezeichnet auch als Zweck dieser Action die Einschüchterung der deutschen Fürsten für den Moment, wo die katholischen Mächte zu Gunsten Sr. Heiligkeit des Papstes einschreiten werden. Man beachte diese Worte genau. Das Einschreiten für den Papst, sollte man denken, müßte sich gegen das Königreich Italien richten,

Hat es wohl einen Sinn, die deutschen Fürsten einzuschüchtern, damit sie jenes Einschreiten nicht hindern? Als ob es bereits überall in der Absicht der deutschen Fürsten läge, die Sache des Königreichs Italien zu führen? Nein, das Einschreiten der katholischen Mächte zu Gunsten Sr. Heiligkeit des Papstes kann wohl nur so verstanden werden, daß es gegen das deutsche Reich gerichtet ist. Und wer sind die katholischen Mächte? Einige Zeitungen meinen, Herr Windthorst spreche von einer demnächst zu erwartenden Intervention Frankreichs zu Gunsten des Papstes. Es ist Grund zu glauben, daß Herr Windthorst noch von etwas Anderem spricht. Er weiß recht gut, daß Frankreich eine solche Bahn nicht betreten wird, wenn es nicht in Wien einen sichereren Stützpunkt gefunden hat. Das französisch-österreichische Bündniß auf ultramontaner Basis ist es, worauf Herr Windthorst hofft, ein Bündniß, dessen Vernichtungsobject in erster Linie das deutsche Reich sein würde. Dieses Bündniß, in Action tretend, würde die Revolutionirung Polens mit Hülfe des klerikalen Einflusses als nothwendiges Hülfsmittel in Scene setzen und dieselbe leicht genug finden nach Allem, was dem polnischen Einfluß jetzt in Galizien zugestanden werden soll. Von diesem wohl vorbereiteten Heerde aus würde man einen Theil der preußischen Kraft in Posen festzuhalten und Rußland im ehemaligen Königreich Polen zu beschäftigen suchen. Man täusche sich darüber nicht: das Verhältniß Oestreichs zum deutschen Reich ist gegenwärtig ein gutes und aufrichtiges, aber es beruht wesentlich auf der Gesinnung des Kaisers Franz Joseph. Der alte Fluch der österreichischen Geschichte, die sogenannte Beichtväterpolitik, kann sich erneuern, der Wiedereintritt eines Ministerium Hohenwart ist nicht unmöglich. Damit wäre zunächst der Einfluß des deutschen Elementes in Oestreich und die parlamentarische Entwicklung überhaupt in Oestreich wie in Ungarn lahm gelegt. Nichts würde die regierenden Cavaliere und Beichtväter hindern, ja die problematische Dauer ihres Regiments würde sie sogar nöthigen, den Schlag, der ihnen die Herrschaft in ganz Europa geben soll, so bald als möglich zu versuchen.

Wir fassen zusammen: Der Ultramontanismus speculirt auf Anfachung der religiösen Leidenschaften in der katholischen Bevölkerung Deutschlands bis zum Bürgerkrieg, auf die Ausbeutung des jeder Ueberlegung beraubten französischen Nationalgefühls im ultramontanen Interesse, auf die beichtväterlichen und feudalen Einflüsse in Oestreich, um gegen das deutsche Reich einen Schlag zu führen, ehe es sich tiefer und tiefer in Glauben und Gewohnheit des deutschen Volkes einwurzelt, ehe es in Europa als ein unentbehrliches Glied der Staatenfamilie allseitig begriffen und erkannt ist. Und den Vorbereitungen zu diesem Schlag sollte das deutsche Reich ruhig zusehen?

C—r.

Mit **Nr. 14** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** des In- und Auslandes zu beziehen ist.

Leipzig, im März 1872.

**Die Verlagsbandlung.**

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von **S. S. Gerbig**. — Druck von **Güthel & Regler** in Leipzig.